



G7-Gipfel - Chance und Herausforderung zugleich

Positionspapier

Auf einen Blick

Der Regionalausschuss Garmisch-Partenkirchen hat sich in seiner Sitzung am 8. Februar 2022 mit den Auswirkungen des G7-Gipfels beschäftigt.

Der G7-Gipfel 2022 wird erneut in Schloss Elmau in den bayerischen Alpen vom 26. bis 28. Juni 2022 stattfinden. Schloss Elmau erfüllt alle logistischen und sicherheitstechnischen Anforderungen an einen G7-Gipfelort. Bereits der letzte G7-Gipfel unter deutscher Präsidentschaft fand im Juni 2015 dort statt. Mit seiner landschaftlich reizvollen Kulisse bot Schloss Elmau schon damals einen attraktiven Rahmen für die Gespräche und Begegnungen der Staats- und Regierungschefs, hat weltweit einen bleibenden Eindruck hinterlassen und gewährleistete einen reibungslosen Ablauf.

Deutschland hat am 1. Januar 2022 den Vorsitz in der G7 („Gruppe der Sieben“) übernommen und ist damit Gastgeber des jährlichen Treffens der Staats- und Regierungschefs der G7-Staaten. Der G7 gehören Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada an. Außerdem ist die Europäische Union bei allen Treffen vertreten.

Diesen G7-Gipfel hat der Regionalausschuss Garmisch-Partenkirchen am 8. Februar 2022 zum Anlass genommen, sich mit dieser Thematik und den wirtschaftlichen Folgen für die Region zu befassen. Im Laufe der Diskussion, insbesondere durch die aus den Erfahrungen aus dem Jahr 2015 gewonnenen Erkenntnisse, kam man im Regionalausschuss Garmisch-Partenkirchen überein, dass ein G7-Gipfel sowohl Chancen als auch Herausforderungen für die Region mit sich bringt:

Chancen:

- Tourismuswerbung für die Region
- Öffentliches Interesse und Steigerung des Bekanntheitsgrades
- Mögliche Unterstützungsleistungen für die Region, insb. Infrastrukturmaßnahmen (z.B. Verkehr, Feuerwehr, Renovierungen, etc.)
- Mögliche Modernisierungsmaßnahmen

Herausforderungen:

- Mögliche Umsatzeinbrüche im Einzelhandel und Gastronomie
- Mögliche Demonstrationen
- Möglicher Vandalismus
- Nach den Belastungen durch die Corona-Pandemie kommen nun noch mögliche Belastungen der Wirtschaft durch den bevorstehenden G7-Gipfel hinzu

Der Regionalausschuss Garmisch-Partenkirchen regt daher folgende Maßnahmen zur Unterstützung der heimischen Wirtschaft an:



Maßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft

Prüfung einer Sonderförderung über die etablierten Corona-Hilfsmaßnahmenpakete

Kernproblem und die Sorge des Einzelhandels ist eine weitere mögliche Umsatzschwächung. Erfahrungen aus 2015 haben gezeigt, dass im Einzelhandel mit teilweise größeren Umsatzrückgängen in der Region zu rechnen ist. Zudem haben die Geschäftsleute seit knapp zwei Jahren mit coronabedingten Belastungen zu kämpfen.

Ohne bereits vorhandene coronabedingte Einschränkungen und Belastungen der Wirtschaft wäre ein möglicher Umsatzeinbruch aus der Wirtschaft heraus leichter zu verkraften und aus den vorhandenen unternehmerischen Rücklagen zu decken.

Der Regionalausschuss Garmisch-Partenkirchen bittet daher die Bayerische Staatsregierung zu prüfen, ob unter den etablierten Corona-Hilfsmaßnahmenpaketen (vgl. z.B. auch den November-Lockdown im Jahr 2020 im Berchtesgadener Land) eine Sondersituation bzw. ein Hilfspaket für den Landkreis Garmisch-Partenkirchen im Rahmen einer Sonderförderung aus den Corona-Hilfsmaßnahmenpaketen ermöglicht werden könnte.

Unterstützung der Einführung eines Bonuskartensystems

Im Landkreis Garmisch-Partenkirchen ist derzeit die Einführung eines Bonuskartensystems im Tourismus und Einzelhandel angedacht. Zur Umsetzung und Förderung dieses Systems sind finanzielle und personelle Ressourcen erforderlich.

Der Regionalausschuss Garmisch-Partenkirchen unterstützt die Verantwortlichen im Landkreis Garmisch-Partenkirchen für die geschwächten Branchen (durch coronabedingte Belastungen sowie die möglicherweise erwarteten Umsatzrückgänge im Einzelhandel) eine derartige projektbezogene Förderung eines Bonuskartensystems zu erhalten

Prüfung einer Patronatserklärung zur Übernahme möglicher Schäden

Die politische Gesamtkonstellation hat sich im Vergleich zu 2015 gewandelt. Dies ist den Sicherheitsbehörden bekannt. Jedoch können Demonstrationen und damit einhergehende mögliche Ausschreitungen, anlässlich eines erneuten G7-Gipfels, nicht ausgeschlossen werden.

Aus diesem Grunde unterstützt der Regionalausschuss Garmisch-Partenkirchen die Verantwortlichen im Landkreis Garmisch-Partenkirchen bei der Bitte, dass die Bundesregierung durch den Abschluss einer Patronatserklärung mögliche Schäden durch Vandalismus übernimmt.

Unternehmensfreundliche Verwaltung

Durch den G7-Gipfel können möglicherweise weitere Belastungen auf die Wirtschaft zukommen (u.a. Liefer- und Verkehrsprobleme). Zur Kompensation dieser Belastungen sind oftmals behördliche Entscheidungen erforderlich, z.B. in Form von Genehmigungen zur Arbeit an Sonn- und Feiertagen, etc.

Der Regionalausschuss Garmisch-Partenkirchen bittet daher die zuständigen Behörden, um großzügige Entscheidungen und ein größtmögliches Entgegenkommen durch das Ausüben von Ermessensspielräumen bei entsprechenden Behinderungen oder anderen möglichen Belastungen in der Wirtschaft.

Ansprechpartner:

Thorsten Leupold  0881 9254-7420  leupold@muenchen.ihk.de